Juristische Kurz-Lehrbücher

Institutionalisiertes Völkerrecht

Ein Studienbuch

von

Prof. Dr. Matthias Ruffert, Prof. Dr. Christian Walter

2. Auflage

Verlag C.H. Beck München 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64737 6

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Ruffert/Walter
Institutionalisiertes Völkerrecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Institutionalisiertes Völkerrecht

Das Recht der Internationalen Organisationen und seine wichtigsten Anwendungsfelder

Ein Studienbuch

von

Dr. jur. Matthias Ruffert

o. Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

und

Dr. jur. Christian Walter

o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

2., überarbeitete Auflage, 2015

C. H. BECK

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64737 6

© 2015 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
In den Lissen 12, D-76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 2. Auflage

Das Erscheinen der ersten Auflage dieses Buches liegt nun fünf Jahre zurück. In dieser Zeit hat sich das Recht der Internationalen Organisationen erheblich weiterentwickelt. Eine besonders wichtige Neuerung betrifft die Haftung Internationaler Organisationen. Im Jahr 2011 hat die ILC ihre Draft Articles on the Responsibility of International Organisations (DARIO) angenommen. Diese sind nun in den Abschnitt zur Haftung (§ 7) eingearbeitet. Außerdem wurden die Teile zur Friedenssicherung (§ 11) und zur Organisation des internationalen Menschenrechtsschutzes (§ 12) stark überarbeitet und erweitert. Das Grundanliegen des Buches ist gleich geblieben: Es geht uns darum, den Blick auf die Wechselwirkungen zwischen Institutionen und materiellem Recht zu lenken. Viele materielle Regeln des modernen Völkerrechts lassen sich nicht ohne Berücksichtigung der jeweils maßgeblichen Internationalen Organisationen verstehen. Diese wenden Völkerrecht an, sie setzen neues eigenes Recht und sie tragen mit ihrer Praxis maßgeblich zur Rechtsfortbildung bei. Umgekehrt beeinflusst das anwendbare materielle Recht Ausgestaltung und Arbeitsweise der Organisationen.

Diese zweite deutsche Auflage ist zeitgleich mit einer englischen Fassung des Buches erschienen. Für die englische Fassung haben wir die Hinweise auf englischsprachige Literatur stark erweitert. Diese Nachweise haben wir ganz überwiegend auch in die neue deutsche Auflage übernommen.

Für tatkräftige Unterstützung bei der Vorbereitung danken wir sehr herzlich *Stefanie Hempel, Sophia Henrich, Melanie Kühn, Fabian Preger, Chun-Kyung Paulus Suh, Markus Vordermayer, Christopher P. Hunt, Tom Kuhfuß* und *Susanne Prater*. Wir sind weiterhin für Hinweise und Anregungen sehr dankbar (cwalter@jura.uni-muenchen.de oder matthias.ruffert@uni-jena.de).

Jena und München im August 2014,

Matthias Ruffert

Christian Walter

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	V
Verzeichnis der abgekürzt aufgenommenen Literatur	XV

Erster Teil: Grundlagen	1
§ 1 Begriff und Theorie Internationaler Organisationen	1
I. Zur Einführung und zur Arbeit mit diesem Buch	1
II. Begriffsbestimmung	3
1. Begriff der Internationalen Organisation	3
2. Einzelne Merkmale	3
3. Verwandte und abzugrenzende Konzepte	5
a) Regime unterschiedlicher organisatorischer Verdichtung	5
b) Supranationale Organisationen	6
c) Staatsrechtliche Konstruktionen	7
d) Nichtstaatliche Organisationen	8
e) Hybride Verwaltungsformen	9
III. Theorien internationaler Organisationen in Rechts- und Politikwissenschaft	10
1. Realismus bzw. Neo-Realismus	10
2. Idealistische Theorien	11
3. Institutionalistische Theorien	12
§ 2 Geschichte Internationaler Organisationen	13
I. Das 19. Jahrhundert: Friedenskongresse und Verwaltungsunionen als frühe Formen Internationaler Organisationen	14
1. „Kongresse“ und „Konferenzen“	14
2. Verwaltungsunionen	15
3. Die Flusskommissionen	16
II. Der Völkerbund und die Zwischenkriegszeit	17
III. Die Vereinten Nationen und die Entwicklung nach 1945	18
§ 3 Internationale Organisationen in der Verfassung der Internationalen Gemeinschaft	22
I. Konstitutionalisierungsprozesse im Völkerrecht durch Internationale Organisationen	22
1. Die Verfassung der Internationalen Gemeinschaft	22
2. Verfassungsinhalte	24
a) Funktionen und Organe	24
b) Ziele und Werte	25
II. Ansätze einer internationalen Gewaltengliederung	25
1. Exekutivfunktion	26
a) Internationale Organisationen als Alternative zur „Weltregierung“	26
b) Politische Gestaltung	26
c) Rechtsdurchsetzung	26
d) Interne Verwaltung	27
2. Rechtsetzung	28

a)	Rechtsetzung in der Internationalen Gemeinschaft	28
b)	Formtypik der Rechtsetzung Internationaler Organisationen	29
aa)	Vertragsrecht und Internationale Organisationen	29
bb)	Verbindliche Sekundärrechtssetzung	31
(1)	UN-Sonderorganisationen	31
(2)	Sicherheitsrat	32
cc)	Unverbindliche Rechtsakte	33
dd)	Verweisungstechniken	34
c)	Völkerrecht oder neue Rechtsordnung?	35
d)	Offene Legitimationsfragen	36
3.	Streitbeilegung und Rechtsprechung	37
III.	Wirkungen des Rechts internationaler Organisationen im innerstaatlichen Bereich	40
1.	Problemstellung	40
2.	Staatliches Verfassungsrecht (insbesondere in Deutschland)	40
3.	Struktur von Rechtsetzung und Verwaltung der jeweiligen Internationalen Organisation	41
Zweiter Teil: Allgemeine Prinzipien und Regeln des Rechts der Internationalen Organisationen		44
§ 4	Vertragliche Grundlagen, Entstehung, Untergang und Sukzession	44
I.	Völkerrechtlicher Gründungsakt	44
1.	Beteiligte	44
2.	Abschluss und Inkrafttreten	45
3.	Änderung	47
4.	Funktion, Rechtsnatur, Interpretation	51
a)	Der Gründungsvertrag als Organisationsverfassung	51
b)	Organisationsverfassung und Interpretationsdynamik	52
c)	Vom Völkerrecht zur Organisationsrechtsordnung <i>sui generis</i>	53
d)	Interpretationskompetenz	53
II.	Untergang und Rechtsnachfolge	54
1.	Untergang	54
2.	Rechtsnachfolge	56
§ 5	Rechtspersönlichkeit	57
I.	Grundlagen und Voraussetzungen der Völkerrechtssubjektivität	57
1.	Vorbemerkung	57
2.	Theoretische Ansätze	58
3.	Kriterien für Völkerrechtssubjektivität	60
II.	Folgen der Völkerrechtssubjektivität	61
1.	Umfang	61
2.	Völkerrechtliche Handlungsfähigkeit	62
a)	Vertragsschlusskompetenz	62
b)	Teilnahme am diplomatischen Verkehr	64
c)	Deliktsfähigkeit	65
3.	Verhältnis zu Nichtmitgliedern	66
III.	Handlungsfähigkeit im innerstaatlichen Recht	67
IV.	Vorrechte und Immunitäten	69
V.	Verhältnis zum Sitzstaat	72

1. Sitz	72
2. Sitzabkommen	73
§ 6 Kompetenzlehre	74
I. Begriff und Konzept	75
II. Grundprinzipien der Kompetenzverteilung	75
1. Prinzip der begrenzten Ermächtigung	75
a) Das Prinzip	75
b) Völkerrechtstheoretischer Hintergrund	76
2. Interpretation der Kompetenzvorschriften	77
3. Die Lehre von den <i>Implied Powers</i>	78
III. Rechtsfolgen von Kompetenzverstößen (<i>ultra-vires</i> -Handeln)	79
IV. Kompetenzverteilung zwischen Internationalen Organisationen	80
1. Institutionelle Differenzierung in der Internationalen Gemeinschaft als Problem	80
2. Koordinationsmechanismen	81
3. Weiterentwicklung der Kompetenzlehre	82
§ 7 Verantwortlichkeit und Haftung	83
I. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit, Haftung und Recht der Internationalen Organisationen	83
II. Verantwortlichkeit und Zurechnung	84
1. Handeln von Organen und Personal einer Organisation	84
2. Staatliches Handeln für eine Internationale Organisation	85
3. Zurechnung privaten Handelns	87
III. Komplementäre Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten	87
1. Mitgliedstaatliche Verantwortlichkeit kraft Völkerrechts	87
2. Mitgliedstaatliche (Durchgriffs-)Haftung für ökonomische Aktivitäten	89
IV. Ausblick	90
§ 8 Mitgliedschaft	91
I. Erwerb	91
1. Gründungsmitglieder	91
2. Beitritt	92
a) Anspruch auf Beitritt?	92
b) Beitrittsvoraussetzungen	93
aa) Formelle Voraussetzungen	93
bb) Materielle Voraussetzungen	94
c) Beitrittsverfahren	96
II. Mitgliedsstatus	98
1. Rechte und Pflichten	98
2. Abgestufte Formen der Mitgliedschaft	99
3. Assoziierte Mitgliedschaft	100
4. Beobachterstatus	101
5. Einschränkung von Mitgliedschaftsrechten als Sanktion	102
III. Beendigung und Staatennachfolge in die Mitgliedschaft	103
1. Beendigungstatbestände	103
a) Auflösung der Internationalen Organisation	103
b) Austritt (Kündigung)	105

	c) Ausschluss	106
	d) Untergang	107
	2. Staatennachfolge in die Mitgliedschaft	107
§ 9	Organe und Entscheidungsverfahren	108
	I. Allgemeines	109
	1. Funktionen und Typologie der Organe	109
	2. Organebenen (Haupt- und Nebenorgane)	110
	II. Einzelne Organtypen	112
	1. Allgemeines Mitgliederorgan (Plenarorgan)	112
	2. Reduzierte und spezialisierte Mitgliederorgane	113
	3. Ständige Verwaltungsorgane	115
	a) Generalsekretär	115
	b) Sekretariat	117
	4. Parlamentarisches Organ	118
	5. Streitbeilegungsorgan	121
	a) StIGH und IGH	121
	b) Andere organisationsinterne Streitbeilegungsmechanismen (insbes. WTO und Seegerichtshof)	122
	III. Zusammensetzung der Organe	123
	IV. Entscheidungsverfahren	124
	1. Stimmgewicht	124
	a) <i>One state, one vote</i>	124
	b) Stimmengewichtung nach Bevölkerungszahl	125
	c) Stimmengewichtung nach Finanzkraft	125
	2. Erforderliche Mehrheiten	126
	a) Einstimmigkeit	127
	b) Entscheidungen mit Mehrheit	127
	c) Das Vetorecht im Sicherheitsrat als Sonderfall	128
	d) Konsens	129
	V. Gewaltenteilung und institutionelles Gleichgewicht	130
§ 10	Finanzierung und Personal	132
	I. Finanzierung	133
	1. Der Haushalt und der Grundsatz der Vollständigkeit in Einnahmen und Ausgaben	133
	2. Einnahmen	134
	3. Ausgaben	137
	4. Haushaltszuständigkeit und Haushaltsverfahren	140
	a) Haushaltszuständigkeit	140
	b) Haushaltsverfahren	142
	5. Rechnungskontrolle	144
	II. Personal	144
	1. Praktisch-politische Bedeutung der Personalauswahl	144
	2. Statistische Angaben und Kriterien der Personalauswahl	145
	3. Ausgestaltung des Dienstverhältnisses und der Rechtsstellung der Bediensteten	147
	4. Reformbestrebungen innerhalb der Vereinten Nationen	149

Dritter Teil: Materielle Rechtsregime	150
§ 11 Friedenssicherung	150
I. Das System kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen	150
1. Grundprinzipien	150
a) Friedliche Streitbeilegung und Gewaltverbot	151
b) Kollektive Zwangsmaßnahmen und Selbstverteidigung	152
c) Friedenstruppen	152
2. Organzuständigkeit in den Vereinten Nationen	153
a) Sicherheitsrat und Generalversammlung	153
b) Der Generalsekretär	155
c) <i>Peacebuilding Commission</i>	156
3. Die rechtliche Struktur des Friedenssicherungsmechanismus nach Kapitel VII	157
a) Friedensbedrohung, Friedensbruch oder Aggression	157
b) Die Entwicklung des Friedensbegriffs in der Praxis der Vereinten Nationen	157
aa) Zwischenstaatliche Gewalt als Ausgangspunkt	158
bb) Bürgerkriegssituationen	158
cc) Schwerste Menschenrechtsverletzungen?	158
dd) Erstreckung auf Friedensbedrohungen durch Private (Terrorismusbekämpfung)	159
ee) Konkrete oder abstrakte Gefahrenlagen?	160
c) Funktion des Art. 39 innerhalb von Kapitel VII UN-Charta ..	161
d) Vorläufige Maßnahme nach Art. 40 UN-Charta	161
e) Nicht-militärische Zwangsmaßnahmen nach Art. 41 UN-Charta	162
f) Militärische Zwangsmaßnahmen nach Art. 42 UN-Charta ..	166
g) Ermessen des Sicherheitsrats – Grenzen und gerichtliche Kontrolle	166
II. Friedenssicherung durch Regionalorganisationen	170
1. Der Begriff der Regionalorganisation	170
a) Wann ist eine Organisation „regional“?	170
b) Notwendige Strukturelemente	171
2. Friedliche Streitbeilegung durch Regionalorganisationen	173
3. Zwangsmaßnahmen durch Regionalorganisationen	175
a) Der Begriff der Zwangsmaßnahme in Art. 53 Abs. 1 UN-Charta	175
b) „Inanspruchnahme“ durch den Sicherheitsrat nach Art. 53 Abs. 1 UN-Charta	176
c) Formen der Ermächtigung durch den Sicherheitsrat	178
4. Friedenstruppen durch Regionalorganisationen	179
5. Einzelne Regionalorganisationen	180
a) Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)	180
b) Afrikanische Union (AU)	181
c) Organisation über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	183
d) Nordatlantisches Verteidigungsbündnis (NATO)	185
e) Weitere Regionalorganisationen im Überblick	187

§ 12 Organisation des Internationalen Menschenrechtsschutzes	188
I. Menschenrechtsschutz als Organisationsaufgabe	189
1. Vertragliche und nicht-vertragliche Durchsetzungsverfahren	189
2. Universeller und regionaler Menschenrechtsschutz	190
3. Die Hochkommissarin für Menschenrechte als Koordinationsstelle für die universellen Mechanismen	190
II. Die Organisation des universellen Menschenrechtsschutzes	191
1. Generalversammlung und Wirtschafts- und Sozialrat	191
2. Menschenrechtskommission und Menschenrechtsrat	192
a) Organisatorisches und Entwicklung	192
b) Die Errichtung des Menschenrechtsrates	193
c) Wesentliche Unterschiede zwischen Menschenrechtskommission und Menschenrechtsrat	193
d) Regelmäßiges, allgemeines Überprüfungsverfahren (<i>Universal Periodic Review</i> – UPR)	195
e) Spezialverfahren	195
f) Unabhängiger Expertenausschuss und Beschwerdeverfahren	196
3. Menschenrechtsausschuss und andere universelle Vertragsorgane	198
a) Überblick	198
b) Staatenberichtsverfahren	199
c) Untersuchungsverfahren	200
d) Staatenbeschwerdeverfahren	200
e) Individualbeschwerdeverfahren	201
f) Präventionsverfahren	203
g) Perspektiven des Menschenrechtsschutzes durch Vertragsorgane	204
4. Sicherheitsrat	205
5. Bewertung	206
III. Regionaler Menschenrechtsschutz	207
1. Europa	207
a) Europarat	207
aa) EMRK und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte	207
bb) Menschenrechtsschutz im Europarat im Übrigen	209
b) OSZE	210
c) Europäische Union	211
d) Beitritt der EU zur EMRK	213
2. Amerika	214
3. Afrika	215
4. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	216
IV. Unabhängige Menschenrechtsinstitutionen (Pariser Prinzipien)	217
V. Menschenrechtsschutz durch Völkerstrafrecht	219
VI. Menschenrechtsschutz gegen Akte Internationaler Organisationen	221
1. Allgemeine Grundsätze	221
2. Das Zurechnungsproblem	223
3. Der <i>Bosphorus</i> -Maßstab des EGMR	224
4. Die Anwendung des <i>Bosphorus</i> -Maßstabs auf gezielte Sanktionen des Sicherheitsrats	225

5. Die Anwendung der Unionsgrundrechte auf gezielte Sanktionen des UN-Sicherheitsrats	227
6. Direkt (also ohne nationalen Umsetzungsakt) durch Akte Internationaler Organisationen verursachte Menschenrechtsverletzungen	228
VII. Der Ausbau der Funktionen von Vertragsgremien jenseits der vertraglich konkret zugewiesenen Aufgaben	230
§ 13 Wirtschaft und Entwicklung	231
I. Das Organisationsrecht in den inter- und transnationalen Wirtschaftsbeziehungen	232
1. Regelungs- und Organisationsaufgaben der Weltwirtschaftsordnung	232
2. Organisatorische Pluralität	233
3. Universelle und regionale Organisationen	234
II. Universelle Wirtschaftsorganisationen	234
1. Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	234
a) Die Organisationen von Bretton Woods	234
aa) IWF	234
(1) Entstehung und Entwicklung des Systems von Bretton Woods und des IWF	234
(2) Rechtsstellung und Aufgaben des IWF	235
(3) Organstruktur	236
bb) Weltbankgruppe	238
(1) Weltbank: Aufgaben und Organstruktur	238
(2) Weitere Elemente der Weltbankgruppe	239
b) International Labour Organisation (ILO)	239
aa) Zielsetzung und Aufgaben	239
bb) Organstruktur	240
cc) Rechtsetzung und Überwachung	241
c) Entwicklungsorganisationen	241
2. Die World Trade Organization (WTO)	242
a) Zur Entstehung der WTO	242
b) Struktur der WTO-Übereinkünfte und materiellrechtliche Regelungen	243
c) Mitgliedschaft	244
d) Organstruktur und Beschlussfassung	244
e) Streitbeilegung	245
f) Kritik und Reform	245
3. Kooperationsformen außerhalb von UNO und WTO	246
a) Gruppe der Acht (G8)	246
b) Pariser Club	247
c) Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD)	247
d) Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht	248
e) Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC)	249
III. Regionale Wirtschaftsintegration	249

1. EU (EG), EWR und EFTA	249
2. NAFTA	250
3. MERCOSUR	250
4. ASEAN	251
§ 14 Umwelt	252
I. Das Organisationsrecht des internationalen Umweltschutzes	252
1. Entstehung und Entwicklung des Umweltvölkerrechts und Recht der Internationalen Organisationen	252
2. Regelungs- und Organisationsaufgaben des internationalen Umweltschutzrechts	254
3. Organisatorische Pluralität	255
4. Rechtsetzung und Rechtsdurchsetzung	255
II. Universelle Umweltschutzorganisationen	256
1. UNEP	256
a) Rechtsgrundlage, Mitgliedschaft und Aufgaben	256
b) Organstruktur und Arbeitsweise	257
c) Reform	258
2. CSD	258
3. Spezialorganisationen	258
a) Klimaschutz	258
b) Artenschutz und Biodiversität	259
c) Meeresumweltschutz	260
III. Umweltschutz in anderen Internationalen Organisationen	260
§ 15 Perspektiven	261
I. Internationale Organisationen als Element von Global Governance	262
1. Die Idee der Global Governance als Bestandteil der Governance-Diskussion	262
2. Die Rolle Internationaler Organisationen im Prozess der Global Governance	263
II. Internationale Organisationen und die Renaissance des Internationalen Verwaltungsrechts	264
1. Konturen des Sammelbegriffs „Internationales Verwaltungsrecht“	264
2. Internationales Verwaltungsrecht als Global Administrative Law – und die Rolle der Internationalen Organisationen	266
Stichwortverzeichnis	269